



Feminismus:

Für einen internationalen Frauenstreik! Die marxistische Feministin Cinzia Arruzza über neue feministische Perspektiven.

Perspektive Rojava:

Ein revolutionärer Prozess ist zwangsläufig voller Widersprüche. Interview mit einem Aktivist*innen vor Ort.

Verdrehte Flüchtlingspolitik:
Wie können wir dem Rassismus und der Spaltung der Lohnabhängigen entgegentreten?

Editorial

Get organized!

Die Wahl Trumps ist nur ein Symptom einer globalen und besorgniserregenden Entwicklung: Der neoliberale Kapitalismus, der sowohl von der anglo-amerikanischen als auch der europäischen Bourgeoisie seit den 80er Jahren vorangetrieben wird, verliert immer mehr an Zustimmung in der Bevölkerung. Die Illusionen in eine Zukunft in relativem Wohlstand und sicheren Lebensperspektiven für alle verlieren an Glaubwürdigkeit. Begünstigt durch eine schwache revolutionäre Linke und der daraus resultierenden Perspektivlosigkeit, scheinen eine immer offensichtlichere Law-and-order-Politik, zunehmend chauvinistisches Gedankengut und ein national-konservatives Gesellschaftsmodell die einzig vermeintliche „Alternative“ zum modernen Kapitalismus neoliberaler Prägung geworden zu sein. Die USA, die Türkei, Grossbritannien, Frankreich, Finnland, Ungarn, Österreich – die Liste der Länder, in denen rechtskonservative, mitunter auch faschistische

Parteien und Bewegungen Zulauf haben und teilweise dominieren, wird immer länger und besorgniserregender.

Gefährliche Entwicklungen

Die mit dem Erstarken der reaktionären und nationalistischen Rechten einhergehende Dynamik ist gefährlich: Soziale Ungleichheiten und Prekarisierung nehmen zu und werden auf individuelles Fehlverhalten zurückgeführt; Militarisierung, Überwachung und Ausgrenzung gewinnen an Akzeptanz; die sozialdemokratischen und sonstigen „moderaten“ Parteien rutschen immer weiter nach rechts; in zahlreichen Ländern wird das Recht auf Schwangerschaftsabbruch wieder in Frage gestellt; die Angst vor dem Terror und die Islamophobie werden erfolgreich dazu verwendet, um globales Wettrüsten und ausländische Militärinterventionen zu rechtfertigen; Länder wie Syrien oder Teile Jemens werden durch

Bürger- und Stellvertreterkriege verwüstet, Flüchtlinge mit immer menschenfeindlicheren Methoden „abgewehrt“ und marginalisiert.

Auch wenn es sich hierbei um einen globalen Trend handelt, sind die jeweiligen Länder in ganz unterschiedlichem Ausmass davon betroffen. Während Länder wie Griechenland durch Privatisierungen, Entlassungen und Sparmassnahmen an den Rand der Überlebensfähigkeit gebracht werden, Millionen von Menschen weltweit vor Krieg und Elend fliehen und sich in den USA ein notorischer Narzist und Chauvinist gegenüber einer begeisterten Militaristin durchsetzt, scheinen die Probleme in der Schweiz vergleichsweise noch moderat.

Doch auch die Schweiz ist Teil des globalen Kapitalismus und damit eines politischen Systems, das von einer ökonomischen und politischen Elite kontrolliert wird, die einen äusserst erfolgreichen Klassenkampf von oben betreibt. Obgleich die Schweiz bezüglich der offiziellen Wirtschaftsindikatoren (Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit, Produktivität, Finanzhaushalt) im internationalen Vergleich gut darsteht, nimmt auch hier die soziale Ungleichheit zu. Die Anzahl der Multimillionäre in der Schweiz ist in den letzten



Unterstütze die antikap!

Bisher wurden vier Ausgaben der antikap in unregelmässigen Abständen publiziert. Unser Ziel ist es aber, wieder eine regelmässig erscheinende Zeitschrift herauszugeben. Obwohl die antikap unentgeltlich hergestellt wird, fallen für Druck und Versand Kosten an. Deswegen kann unsere Zeitschrift vorerst nur zweimal jährlich erscheinen.

Ob wir den Erscheinungsrhythmus erhöhen können, hängt auch von der Unterstützung unserer Leser*innen ab! Für Sfr. 10.- kannst du die antikap ein Jahr lang (Frühlings- und Herbstausgabe) abonnieren. Verwende dazu den beiliegenden Einzahlungsschein mit dem Vermerk „Abo“. Über zusätzliche Spenden oder ein Soliabo sind wir dir sehr dankbar!

Adresse: BFS Basel, Postfach 2002, 4001 Basel.
Konto: 40-2323-8, Vermerk „Abo“.

Jahren stark angestiegen. Gerade mal 0,26% aller steuerpflichtigen Personen – in Zahlen ausgedrückt 13'246 Personen – besitzen zusammen ein Vermögen von 485 Milliarden Franken. Damit besitzen sie alleine 29% Prozent des gesamten Reichtums der Schweiz. Dies zeigt einmal mehr, dass die Finanzkrise, die 2008 begann und zu Bankenrettungen im grossen Ausmass führte, in keiner Weise zu einer Reduktion der sozialen Ungleichheit beigetragen hat. Am anderen Ende des sozialen Spektrums befinden sich rund 25% der steuerpflichtigen Personen, die gar kein Vermögen besitzen. Das ärmste Drittel der Steuerpflichtigen besitzt lediglich 2% des gesamten Reichtums!

Die mit der Politik der leeren Kassen verbundenen Sparrunden haben auch in der Schweiz ihre Spuren hinterlassen. Auch hier spüren viele Menschen die Belastung, die durch Sozialabbau, die Umverteilung von unten nach oben, steigende Mieten und immer höher werdende Krankenkassenbeiträge wächst. Und wie in anderen Ländern finden auch hier fremdenfeindliche und nationalistische Pseudoantworten auf die Sorgen der Menschen mehr Gehör als linke Ideen.

Es gibt Widerstand

Doch es gibt auch Grund zur Hoffnung: Seit der Wahl Trumps sind weltweit Millionen von Menschen – allen voran Frauen – auf die Strasse gegangen, um gegen Sexismus, Chauvinismus und Islamophobie zu demonstrieren. Die marxistische Feministin Cinzia Arruzza spricht diesbezüglich von der möglichen Geburt einer neuen feministischen Bewegung. Die Black Lives Matter-Bewegung in den USA kämpft gegen rassistisch motivierte Polizeigewalt und Diskriminierung, die Nuit debout-Bewegung in Frankreich

wehrt sich gegen die Schwächung der Arbeiter*innenrechte. Die kurdische Freiheitsbewegung in Nordsyrien und der Türkei baut seit 2014 eigene Selbstverwaltungsstrukturen auf, kämpft gegen den IS sowie die türkische Repression und treibt die Gleichstellung von Männern und Frauen voran. In zahlreichen Ländern existieren solidarische und antirassistische Kollektive, Netzwerke und NGOs, die sich mit den Geflüchteten solidarisieren und täglich versuchen, konkrete Hilfe zu leisten und gegen die Festung Europa anzukämpfen.

Organisieren wir uns!

Solange kapitalistische Verhältnisse unsere Gesellschaft prägen, wird es Ansätze und Ausdrucksformen gesellschaftlicher Alternativen zum Kapitalismus geben. Es ist die Aufgabe der Linken, progressive soziale Bewegungen und Organisationen zu unterstützen und mit all denjenigen solidarisch zu sein, die unter kapitalistischer Ausbeutung leiden und für ihre Rechte eintreten wollen.

Die Stärke der Rechten ist die Schwäche der Linken! Um sich dem aktuellen Rechtsrutsch entgegenzustellen und konkrete Alternativen zum Kapitalismus zu entwickeln, müssen wir uns organisieren! Dabei reicht es nicht, sich über die aktuelle Politik zu ärgern und sie ideell abzulehnen. Widerstand erfordert Engagement. Gemeinsam müssen wir uns darüber verständigen, mit welchen Aktionsformen, Konzepten, Ideen und Strategien es möglich ist, eine glaubhafte antikapitalistische Kraft aufzubauen, die konkrete Antworten auf die politischen Probleme unserer Zeit liefert und mit der Systemfrage in Verbindung bringt!

Inhalt antikap Nr. 5

Verdrehte Flüchtlingspolitik: Die etablierten Parteien und die Medien berichten tendentiös und betreiben Angstmacherei. Eine nüchterne Betrachtung der aktuellen Lage zeigt, dass wichtige Zusammenhänge systematisch verschwiegen und verdreht werden. **Seite 4**

Globale Bewegungsfreiheit: Was meinen wir eigentlich, wenn wir von globaler Bewegungsfreiheit sprechen? **Seite 9**

Feminismus: Die jüngsten Mobilisierungen von Frauen geben Anlass zur Hoffnung auf eine neue feministische Bewegung. **Seite 10**

Perspektive Rojava: Interview mit dem englischen Aktivist Peter Loo, der seit über einem Jahr in Rojava lebt. **Seite 12**

Unternehmenssteuerreform: Auch wenn die Abstimmung gewonnen wurde, wird die aktuelle Steuerpolitik weitergehen. **Seite 18**

BFS: Warum wir eine Bewegung für den Sozialismus aufbauen. **Seite 19**

Agenda: Internationaler Frauentag | Veranstaltung zu Feminismus | Lesekreis **Rückseite**

Asyl und Migration

Die verdrehte Flüchtlingspolitik

Die Migrations- und Asylpolitik steht seit Jahren im Zentrum einer tendenziösen und irreführenden Berichterstattung, die nicht nur fremdenfeindlichen Parteien, sondern der vorherrschenden neoliberalen Politik insgesamt hilft: Anstatt die zunehmende soziale Ungleichheit und Prekarisierung zu thematisieren, werden Flüchtlinge und Migrant*innen als kulturelle und ökonomische Bedrohung stigmatisiert. **BFS Basel**

Die Zuwanderung von Geflüchteten wird in der Öffentlichkeit heute als eines der grössten Probleme unserer Gesellschaft dargestellt. Medien und Politik beklagen die hohen Kosten, die Flüchtlinge angeblich verursachen, die Bevölkerung hat Angst vor der billigen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und einer Verschärfung der Wohnungsnot in den Städten. Gleichzeitig werden die hohe Erwerbslosenquote und Sozialhilfeabhängigkeit bei Flüchtlingen als finanzielles Desaster, und kulturelle und religiöse Verschiedenheiten als Unwille, sich in die Gesellschaft einzubringen, dargestellt. Dies alles führt dazu, dass eine repressive Handhabung des Asylwesens und somit eine möglichst tiefe Anerkennungsquote seit Jahren als öffentliches Interesse dargestellt wird. Die Schweizer Behörden möchten möglichst wenige geflüchtete Menschen aufnehmen. Diese öffentliche Wahrnehmung schlägt sich in einem Asylgesetz nieder, das fast jährlich verschärft wird, in ausländerfeindlichen Verfassungsartikeln und in einem hoch bürokratischen Bewilligungssystem, welches häufig nur temporäre, der Wirtschaft angepasste Bewilligungen vorsieht. Aus Geflüchteten und Schutzsuchenden werden Kriminelle, fanatische Islamist*innen, Konkurrent*innen, Lohndrücker*innen und ewige Sozialhilfebezügler*innen – kurz: sie werden zu den Sündenböcken für die Ängste und die steigende Armut vieler Schweizer*innen.

Diese öffentliche Debatte, die Geflüchtete direkt mit Sparzwang, Lohndumping, Kriminalität und Wohnungsnot in Verbindung bringt, ist verdreht und falsch – sie ist Ergebnis einer rechtskonservativen, fremdenfeindlichen Hetzkam-



Dank jahrelanger rechter Proproganda ist die Assoziation „Ausländer = Unsicherheit“ in vielen Köpfen veran-

pagne und einer starken Wirtschaftslobby. Sie macht die schwächsten unserer Gesellschaft zu Sündenböcken für teilweise wirklich bestehende soziale Probleme, ohne die tatsächlichen Ursachen aufzuzeigen oder gar zu bekämpfen. Menschen in ähnlich prekären Lebenslagen werden gegeneinander aufgehetzt, obwohl das einzige, was sie unterscheidet, die Nationalität, die Hautfarbe, die Muttersprache ist. Um dieser Entwicklung entgegenzutreten, müssen die wahren Ursachen für Sparmassnahmen, Lohnsenkungen und Wohnungsnot aufgedeckt werden, damit sich Schweizer*innen endlich vereint mit Geflüchteten und Migrant*innen dagegen zur Wehr setzen können.

Das Boot ist nicht voll!

Im Jahr 2016 ersuchten rund 27'000 Menschen um Asyl in der Schweiz. 2015 waren es 39'000, 2014 nur 24'000. Die

Anerkennungsquote lag jährlich im Durchschnitt bei ca. 25%. 2016 haben also lediglich 5'900 Menschen in der Schweiz Asyl erhalten.¹ Weltweit sind aber fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht vor Kriegen, Hungersnöten, religiöser, politischer, geschlechtsspezifischer oder ethnischer Verfolgung und Perspektivlosigkeit.² Länder wie Pakistan, der Libanon, die Türkei oder Äthiopien beherbergen Millionen von Geflüchteten, und das seit Jahren. Nicht das Boot der Schweiz ist voll, die Boote, die täglich versuchen, das Mittelmeer zu überqueren, um nach Europa zu gelangen, sind voll. Wie kommt es, dass man in der Schweiz glaubt, mit wenigen Tausend Menschen jährlich die Aufnahmekapazitäten schon ausgeschöpft zu haben? Seit Jahren zeichnet sich ab, dass die Zuwanderung von Geflüchteten zunehmen wird. Kriege im Nahen Osten und verschiedenen afrikanischen Staaten, Hunger-

Abstiegsängste und Privilegienverluste machen die Menschen empfänglich für Angstkampagnen, Geflüchtete dienen als Sündenböcke für die sozialen Probleme der Unter- und Mittelschicht.“

snöte, Korruption und steigende soziale Ungleichheit treiben immer mehr Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat. Der Westen macht dabei gute Geschäfte – im Waffenhandel, mit Potentatengeldern, bei der Rohstoffausbeutung und den ungleichen wirtschaftlichen Handelsbeziehungen zwischen dem Norden und dem Süden, ja sogar mit den Geflüchteten selbst. Die Schweiz hat seit Jahren nichts gegen die Fluchtursachen unternommen und die hier ansässigen Konzerne erwirtschaften munter weiter ihre milliardenschweren Profite. Auch hat sie sich angesichts der vorhersehbaren Migrationsströme nach Europa nicht vorbereitet, um möglichst viele Geflüchtete aufnehmen zu können sondern tatenlos zugesehen bzw. versucht, möglichst viele Rückübernahmeverträge und Migrationspartnerschaften (häufig mit repressiven Regimen) zu schliessen, um die Menschen so schnell wie möglich wieder los zu werden. Nun wird so getan, als wäre urplötzlich aus dem Nichts eine "Flut" von Menschen wie ein "Heuschreckenschwarm" über Europa hereingebrochen, vor der man sich schützen muss. Dass die Schweiz heute nur gerade über soziale Infrastrukturen für die Erstaufnahme von ca. 5000 Menschen verfügt, hat aber nichts mit einer tatsächlich erreichten Grenze der Aufnahmefähigkeit zu tun, sondern war eine politische Entscheidung, die im Nachhinein mit fremdenfeindlichen Angstkampagnen gerechtfertigt wird. Doch was wäre, wenn die Schweiz tatsächlich Verantwortung übernehmen würde? Was wäre, wenn die Schweiz sich dazu entscheiden würde, so vielen Geflüchteten wie mög-

lich Schutz und eine neue Heimat zu bieten? Was wäre dann alles möglich?

Wohin geht das Geld?

Die Schweiz ist eines der reichsten Länder der Welt. Geld und Ressourcen sind im Überfluss vorhanden. Die offizielle Arbeitslosigkeit liegt seit Jahren zwischen 3 und 4 Prozent. Es herrscht sogar Arbeitskräftemangel in vielen Bereichen wie im Gesundheits- oder im Bildungswesen. Seit 2010 sind jährlich mehr Lehrstellen zu besetzen, als es Schulabgänger*innen gibt. Das BIP der Schweiz betrug 2015 rund 660 Milliarden Franken. Die Schweiz gilt, berechnet am BIP pro Kopf, als eines der 10 reichsten Länder der Welt.³ Das durchschnittliche Einkommen (Median) eines Schweizer liegt aktuell bei ca. 50'000 Franken pro Jahr. Wieso also plagt in einem der reichsten Länder der Welt so viele Menschen die Angst vor der Armut?

Tatsächlich profitieren nicht alle vom Reichtum der Schweiz. Dieser ist auf wenige Menschen verteilt, während die grosse Masse immer stärker von Abstiegsängsten geplagt wird. Doch wie kann es sein, dass in einem der reichsten Länder der Welt Leute in Armut leben? Wo geht das ganze Geld hin? Der Staat gibt einen Haufen Geld aus, für Dinge, die keinem Menschen etwas nützen. Als die Bankenkrise im Jahr 2008 ausbrach, wurden in kürzester Zeit und ohne demokratische Legitimierung Kredite in Milliardenhöhe gesprochen um Banken zu retten. Die Steuern werden für Unternehmen und für Reiche stetig gesenkt, während Menschen mit geringem- und mittlerem Einkommen einen immer grösseren Anteil des öffentlichen Haushaltes finanzieren müssen. Durch die Angstmacherei, dass Unternehmen und Reiche ganz abwandern würden, wenn man ihnen nicht immer neue Steuergeschenke macht, haben die Wirtschaftsverbände es geschafft, die wirtschaftlichen Interessen der Reichen und der Grosskonzerne als Interesse aller zu verkaufen. Dass dem nicht so ist, zeigt die soziale Ungleichheit bezüglich Einkommen und Vermögen. Die Schweiz gilt nach dem international gebräuchlichen Gini-Koeffizienten

Aktiv werden!

Die BFS solidarisiert sich mit verschiedenen migrantischen und antirassistischen Kämpfen. Dazu gehört ein Bündnis gegen Racial Profiling, welches sich regelmässig trifft, Workshops erarbeitet und Aktionen plant. Die Treffen finden zweimal monatlich statt. Wenn du die Einladungen zu den Sitzungen erhalten möchtest, melde dich bei basel@sozialismus.ch. Wir setzen uns ausserdem in Form von Artikeln und Veranstaltungen mit einer möglichen linken Perspektive in Bezug auf Migration und Antirassismus auseinander. Im Mai wird ein Mitglied der Black Lives Matter Bewegung aus den USA bei uns zu Gast sein. Mehr Infos unter sozialismus.ch.

ent zur Bemessung der Vermögensverteilung als eines der Länder mit der grössten Vermögensschere. Wenn 0% bedeutet, dass jede/r gleichviel besitzt und 100%, dass eine/r alles besitzt, dann betrug die Vermögensungleichheit in der Schweiz 2014 rund 80%. Auch bei der Einkommensverteilung kann seit Jahren ein starker Anstieg der Toplöhne beobachtet werden, während die tiefen und mittleren Löhne mehr oder weniger stagnierten.

„Stundenlöhne unter 15 Franken, bis zu 55 Arbeitsstunden in der Woche, befristete und saisonale Arbeitsverträge ohne Sicherheit und Arbeiter*innenschutz sind keine Ausnahmen.“

Während die Unter- und Mittelschicht von Abstiegs- und Existenzängsten geplagt werden, fahren Reiche und Grossunternehmen Gewinne in Milliardenhöhe ein. Wirtschaftsinteressen (der Reichen und der Grosskonzerne) sind längst zum Landesinteresse geworden, nach deren Pfeife Politiker*innen aller Couleur tanzen. Während die Budgets für die Armee, die Sicherung der Grenzen und anderer repressiver Massnahmen stetig aufgestockt werden, erfährt der öffentliche Sektor seit Jahren eine Kürzung nach der anderen. Im Bildungs- und Gesundheitswesen, bei den öffentlichen Infrastrukturen und im sozialen Wohnungsbau wird eine rigide Sparpolitik betrieben. Durch Stellenabbau, Ökonomisierung und Auslagerung werden Kosten gespart, wo es nur geht. Städten, Gemeinden und Kantonen fehlt das Geld an allen Ecken und Enden. Von diesen Sparmassnahmen sind die Geringverdienenden überdurchschnittlich stark betroffen, der Sozialstaat wird ausgehöhlt und die soziale Ungleichheit steigt weiter an.

Ursachen bekämpfen!

Abstiegsängste und Privilegienverluste machen die Menschen empfänglich für Angstkampagnen. Geflüchtete dienen heute als Sündenböcke für alle sozialen Probleme der Unter- und Mittelschicht: Arbeitslosigkeit, Lohnsenkungen, steigende Krankenkassenprämien, teure Mieten, Kriminalität, Sozialhilfeabhängigkeit. Es gelingt den rechten Parteien und der Wirtschaftslobby, die Menschen der unteren Gesellschaftsschichten gegeneinander auszuspielen, während die wahren Ursachen für die zunehmende Armut und Unzufriedenheit im Dunkeln bleiben. Es ist an der Zeit, die tatsächlichen Ursachen zu erkennen und eine breite Solidarisierung der Bevölkerung gegen die Aushöhlung des Sozialstaates und die Ausbeutung einer Mehrheit zugunsten von einigen wenigen Superreichen und Grossunternehmen anzustreben.

Durch eine höhere Besteuerung von Reichen, Banken und Konzernen könnte die Schweiz zusätzliche Steuereinnahmen in Milliardenhöhe einnehmen. Die Ausgaben im Flüchtlingsbereich sind ein Klacks gegen die Steuergeschenke, die seit Jahren an die oberen 1% der Gesellschaft gemacht wer-

den. Das Budget für die Schweizer Armee sowie die Milliarden, die für die Inhaftierung und Ausschaffung von kriminalisierten Geflüchteten oder für die Abschottung Europas und der Schweiz ausgegeben werden, könnten zum Ausbau der sozialen Infrastrukturen, des Bildungs- und des Gesundheitssektors und dem sozialen Wohnungsbau verwendet werden.

Wieso fehlt es an bezahlbarem Wohnraum?

Die Wohnungsnot in den Städten spitzt sich zu. Familien, Alleinerziehende und Geringverdienende haben grosse Mühe, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Dabei wurden 2016 zahlreiche neue Wohnungen gebaut, sodass 2016 mehr als 56'000 Wohnungen in der Schweiz leer standen. Dazu kommen zahlreiche leerstehende Büroflächen, die zu Wohnraum umgewandelt werden könnten. Immobilienfirmen treiben durch Verknappung des Angebotes die Preise in die Höhe. Die entstehenden Neubauten sind häufig überbeuerte und grossflächige Luxusappartements oder Büroflächen, weil sich damit am meisten Geld verdienen lässt. Jedoch ist dieser Markt längst übersättigt und so stehen viele Büroflächen und Neubauten jahrelang leer, bis sie vermietet werden können. Während Investoren und Immobilienfirmen sich stets nach der grössten Profitabilität richten, fehlt zunehmend der Wohnraum für die Bevölkerung. Nicht nur werden kaum noch bezahlbare Wohnungen gebaut, bestehender Wohnraum mit angemessener Miete wird total saniert und so wieder profitabel gemacht. Die bisherigen Bewohner*innen können sich in der Folge den gestiegenen Mietzinsen meist nicht mehr leisten und stehen auf der Strasse. Die Verknappung von bezahlbarem Wohnraum hat eine verstärkte Konkurrenz zwischen MieterInnen zur Folge. Dies trifft insbesondere Menschen mit fremdländischen Namen, Menschen ohne Schweizer Pass und Menschen mit geringen Deutschkenntnissen. So haben Personen mit geringem Einkommen und einem tamilischen oder eritreischen Namen massive Probleme, eine Wohnung zu finden und sind vermehrt auf die Unterstützung von Anlaufstellen angewiesen. Diesem Trend muss endlich ein Ende gesetzt werden! Insbesondere in den Städten der Schweiz braucht es mehr bezahlbaren Wohnraum. Der Neubau von bezahlbarem Wohnraum muss staatlich gefördert werden. Bestehende Wohnungen müssen geschützt und Renovierungen zur Steigerung der Energieeffizienz subventioniert werden. Mit diesen Massnahmen können die Wohnungsnot gelindert und die Mieten gesenkt werden. Bereits heute hat eine Solidarisierung zwischen Mieter*innen und Aktivist*innen begonnen, welche gemeinsam für den Erhalt von günstigem Wohnraum und ein Recht auf Stadt auf die Strasse gehen. Diese Bewegung gilt es zu unterstützen und weiter aufzubauen.

Stopp der Ausbeutung von Geflüchteten und Migrant*innen!

Medienberichte zu der „Flüchtlingswelle“ oder der „Flüchtlingskrise“ erwecken immer wieder den Eindruck, Migration sei nicht nur eine einseitige Bewegung, sondern auch ein einseitiges Interesse derer, die kommen. Dabei wird ver-



Demonstrationszug in Bern gegen Rassismus, 4. Februar

schwiegen, dass die westlichen kapitalistischen Länder längst ausgeklügelte Systeme entwickelt haben, um Migration möglichst gewinnbringend und produktiv zu verwerten. Die Migrationspolitik stellt das juristische und politische Werkzeug dar, mit Hilfe dessen die Schweiz versucht, die Migration möglichst zu den eigenen Gunsten zu steuern. Nicht menschenrechtliche Fragen oder Gedanken der Weltoffenheit oder des Nationalismus stehen dabei zuvorderst, sondern die Wirtschaftsinteressen des Landes.

Der offensichtlichste Beweis dafür, dass die Schweiz mit politischen und juristischen Mitteln die Voraussetzungen schafft für eine kapitalistische Verwertung von MigrantInnen, liegt in dem hochbürokratischen und komplexen System der verschiedenen Bewilligungen, die Migrant*innen erteilt werden. Die Liste reicht von N (Asylsuchend), über F (vorläufige Aufnahme Flüchtling/Ausländer*innen), G (Grenzgänger*innen), L (Kurzaufenthalter*innen), B (Asyl oder Aufenthaltsbewilligung) und C (Niederlassungsbewilligung). Jede dieser Bewilligungen zeichnet sich durch eine variierte Palette an gewährleisteten bzw. verwehrten Rechten aus.

Während hochqualifizierte Migrant*innen meist problemlos an eine Aufenthaltsbewilligung (B) bzw. eine Niederlassungsbewilligung (C) kommen, ist der bürokratische Weg für Geflüchtete immens. Der Asylstatus wird äusserst restriktiv vergeben, ein grosser Teil der Geflüchteten wird in ein europäisches Land weggewiesen oder abgelehnt und kriminalisiert. Wiederum eine beträchtliche Anzahl Geflüchteter erhält anstatt Asyl nur eine temporäre Aufenthaltserlaubnis (sogenannte

vorläufige Aufnahme F). Die vorläufige Aufnahme wird jährlich überprüft, es besteht kein Anspruch auf Familiennachzug. Um eine Arbeitsstelle anzutreten, muss der Arbeitgeber ein Gesuch stellen und es wird eine Sonderabgabe auf das Einkommen erhoben. Diese Bedingungen führen zu erheblichen Nachteilen auf dem Arbeitsmarkt. Verstärkt wird die Wirkung zusätzlich durch die Aberkennung von in Drittstaaten erworbenen Qualifikationen und Bildungstiteln, sodass ausgebildete Menschen in der Schweiz als unqualifizierte Arbeitskräfte gelten. In Branchen wie der Landwirtschaft, der Reinigung, der Pflege und dem Baugewerbe werden Menschen mit unsicheren Aufenthaltstiteln und Sans Papiers schamlos ausgebeutet.

Stundenlöhne unter 15 Franken, bis zu 55 Arbeitsstunden in der Woche, befristete und saisonale Arbeitsverträge ohne Sicherheit und Arbeiter*innenschutz sind keine Ausnahmen. Der Druck auf Menschen mit unsicheren Aufenthaltstiteln (insbesondere F) ist enorm hoch: Um die Familie aus einem Drittstaat nachziehen zu können oder um den unsicheren Aufenthaltstitel in eine sichere(re) Bewilligung umzuwandeln, sind finanzielle Mittel unerlässlich. Um nach Jahren der Trennung endlich wieder mit der Familie vereint zu sein, werden ausbeuterische Arbeitsbedingungen hingenommen und ausgehalten.

Durch die Kriminalisierung eines grossen Teils der Geflüchteten (sogenannte "Wirtschaftsflüchtlinge") ist ausserdem eine neue Gesellschaftsschicht im Entstehen: die der Nothilfe-Bezüger*innen. Insbesondere Menschen aus den Maghreb-Staaten haben keine Chance auf einen legalen Status, können aber von der Schweiz häufig nicht mit

Gewalt ausgeschafft werden. Seit 2008 erhalten Menschen mit abgewiesenen Asylentscheiden oder Nichteintretensentscheiden (NEE) keine Sozialhilfe mehr. Sie fallen in die Nothilfestrukturen, wo sie einen Bunker als Schlafplatz sowie ein paar Franken im Tag zum Überleben erhalten. Ohne Arbeitsbewilligung sind sie wie herkömmliche Sans Papiers ebenfalls besonders verletzlich auf dem Arbeitsmarkt und müssen ausbeuterische Anstellungsbedingungen hinnehmen. Die beabsichtigte Wirkung dieser Massnahme – dass diese Menschen die Schweiz verlassen – ist nach 8 Jahren noch immer nicht zu spüren. Vielmehr bilden Nothilfe-Bezüger*innen und Untergetauchte heute eine neue unterste soziale Schicht, deren Zugehörige aufgrund ihrer höchst prekären Lebensverhältnisse anfällig auf psychische Erkrankungen und Radikalisierung werden und zum Überleben auf Schwarzarbeit und Kriminalität angewiesen sind.

Für erwerbslose Schweizer*innen oder andere Migrant*innen werden diese Arbeitskräfte deshalb schnell zu harten Konkurrent*innen, die es den Unternehmen ermöglichen die Löhne zu drücken. Dieser Entwicklung muss entgegengetreten werden! Kurz- und mittelfristig kann die Einführung eines allgemeingültigen Mindestlohns Lohndumping verhindern. Bildungstitel aus Drittstaaten müssen als Arbeitsqualifikation anerkannt werden und der finanzielle Druck auf Menschen, die ihre Familie nachziehen wollen, muss verringert werden. Die Kriminalisierung einer breiten Masse von Geflüchteten im Rahmen der Dublin-Verordnung und die Verelendung dieser Menschen im Nothilfe-System muss sofort gestoppt werden. Zudem ist es unerlässlich, die Arbeiter*innenrechte zu stärken. Anstatt als Konkurrent*innen sollen sich Arbeiter*innen aller Nationalitäten als solidarische Gemeinschaft verstehen und gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen und eine Demokratisierung der Wirtschaft eintreten.

Zurück auf die Strasse!

Es ist wichtig, Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung ernst zu nehmen. Während viele Ängste von den Medien und einzelnen Parteien regelrecht geschürt werden und mit den Lebensrealitäten nicht viel zu tun haben, gibt es auch tatsächliche Verschlechterungen in vielen Bereichen. Beispiele dafür sind die zunehmende Wohnungsnot, Lohndumping, die steigende Anzahl Working Pools, Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit. Während die rechtskonservativen und

wirtschaftsliberalen Parteien diese Unsicherheiten ausnutzen, um ihre Angstkampagnen zu führen und beinahe jede Abstimmung mit denselben fremdenfeindlichen, nationalistischen und wirtschaftsliberalen Argumenten gewinnen können, fehlt es der progressiven Linken seit Jahren an einer glaubwürdigen Alternative. Diese linke Perspektive gilt es nun zu entwickeln. Es ist dabei notwendig, sowohl kurzfristige Ziele und Massnahmen zu formulieren, wie auch mittel- und langfristige Perspektiven einer solidarischen Gesellschaft aufzuzeigen. Damit auf Wohnungsnot und Lohndumping nicht mit Ausländerfeindlichkeit und Konkurrenzkampf, sondern mit Solidarität und Arbeiter*innenkämpfen geantwortet wird. Damit Flüchtlingsboote nicht mit Abschottung von Europa ferngehalten, sondern mit Grosszügigkeit und Solidarität empfangen werden. Damit Steuergeschenke an Reiche und Grosskonzerne nicht mehr als Landesinteresse akzeptiert, sondern als kapitalistische Interessen der Herrschenden bekämpft werden. Damit sich die Bevölkerung nicht mehr durch Rassismus und Fremdenfeindlichkeit spalten lässt, sondern gemeinsam auf die Strasse geht. Für eine starke linke Solidaritätsbewegung!

1 Asylstatistik abrufbar unter: <https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/publiservice/statistik/asylstatistik/archiv/2016.html>.

2 <http://www.unhcr.de/home/artikel/f31dce23af754ad07737a7806dfac4fc/weltweit-fast-60-millionen-menschen-auf-der-flucht.html>.

3 Laut dem Global Finance Institute lag die Schweiz 2015 auf Platz 10 der reichsten Länder, das pro Kopf Einkommen des Schweizer Durchschnittsbürgers und -bürgerin lag bei 56'000 Dollar, <https://www.gfmag.com/global-data/economic-data/worlds-richest-and-poorest-countries>.

4 Vgl. z. B. die Abstimmungsparolen im Vorfeld der Abstimmungen vom 12. Februar 2017 bezüglich der USR III und der erleichterten Einbürgerung: Arbeitsplätze sichern! Schweiz stärken! Steuereinnahmen sichern! Attentäter erleichtert einbürgern? Nein!

Weiterlesen auf sozialismus.ch

Das „typisch Schweizerische“ und die Ausländerfeindlichkeit

Die fremdenfeindliche und rassistische Rechte in der Schweiz stützt sich auf einen jahrzehntealten Mythos der „bedrohten Schweiz“. Die Stärkung der verlorengegangenen Klassensolidarität ist eine dringende Aufgabe der Linken in der Schweiz und ein zentrales, politisches Mittel im Kampf gegen rechts.

sozialismus.ch → **SUCHE: „typisch“**

Wieso Antirassismus immer antikapitalistisch sein muss

Die folgenden Ausführungen versuchen der stark ideologisch aufgeladenen Diskussion um Rassismus eine materialistische Grundlage zu geben, von welcher aus einige institutionelle Aspekte des Rassismus analysiert werden können. Der moderne Rassismus muss im Kontext des globalen Kapitalismus betrachtet werden.

sozialismus.ch → **SUCHE: „antirassismus“**

Flucht und Migration

Globale Bewegungsfreiheit

2005 setzte sich die Bewegung für den Sozialismus für ein linkes Nein zur Ausweitung der Personenfreizügigkeit ein. Das Hauptargument bestand in der Feststellung, dass die Personenfreizügigkeit ohne ausreichende flankierende Massnahmen in erster Linie zu verschärfter Konkurrenz unter den Lohnabhängigen und besseren Ausbeutungsbedingungen für die Unternehmen führt. Umso wichtiger ist es, darüber nachzudenken, was hinter der Forderung nach globaler Bewegungsfreiheit steckt und unter welchen Bedingungen wir uns für sie einsetzen wollen. **BFS Basel**



Linke Parolen kommen oft nur bei denjenigen an, die schon von der Sache überzeugt sind.

Die Forderung nach „globaler Bewegungsfreiheit“ – manchmal ist auch von der Öffnung der Grenzen die Rede – gehört zum festen Forderungskatalog linker Netzwerke und Kollektive, die sich solidarisch mit den Geflüchteten zeigen und gegen die aktuelle Migrations- und Asylpolitik kämpfen. Die meisten haben bezüglich Kapitalismuskritik eine pragmatische Haltung. Zwar versteht sich ein grosser Teil der Aktivist*innen auch als antikapitalistisch, doch nehmen Slogans wie „Grenzen abschaffen“, „Bleiberecht für alle“ auch die Funktion aktueller Forderungen ein.

Die Überlegung dahinter ist verständlich: Nationalstaatliche Grenzen stellen ein Instrument der Spaltung und der Privilegiensicherung wohlhabender Staaten dar und sind aus internationalistischer Perspektive nicht vertretbar. Sie sind Teil einer repressiven und einschränkenden

Politik gegenüber Flüchtlingen, die zu Unrecht, Verzweiflung und äusserst prekären Lebensverhältnissen führen. Schliesslich sind sie ein Teil der Politik, die Menschen illegalisiert und somit leicht ausbeutbare und entrechtete Arbeitskräfte schafft.

Soweit ist sich die antikapitalistische Linke einig. Worüber seltener nachgedacht wird: Werden diese Forderungen mehr oder weniger isoliert, also nicht als Teil eines revolutionären Programms formuliert, sind sie in ihrer Wirkung nicht nur missverständlich, sondern auch ambivalent. Wie die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, hat das Kapital durchaus ein Interesse an leicht ausbeutbaren und mobilen Arbeitskräften, die in allen Regionen ohne bürokratischen Aufwand rekrutiert werden können und an möglichst wenig arbeitsrechtliche Standards gebunden sind. Schon heute profitieren die Landwirtschaft, die Baubranche oder auch das Gesundheitswesen massiv von Migrant*innen, Sans-Papiers und Kurzaufenthaltern; Lohndumping ist in all diesen Branchen gang und gäbe. Ein Grossteil der

Bevölkerung ist sich dieser Tendenz bewusst und fürchtet sich zu Recht vor Arbeitslosigkeit, Lohndruck und Konkurrenz.

Der Verweis darauf, dass zwischen dem Asylrecht und der Arbeitsmigration zu unterscheiden sei, ist in diesem Zusammenhang übrigens nicht hilfreich. Erstens sollten anerkannte Flüchtlinge das gleiche Recht auf Arbeit haben wie alle anderen auch, wodurch sich im Falle einer Ausweitung des Asylbegriffes die Anzahl der Lohnabhängigen tatsächlich vergrössern würde. Zweitens stellen vor allem illegalisierte und untergetauchte Flüchtlinge ein Reservoir an schutzlosen und prekären Arbeitskräften dar. Drittens stellen viele Linke die Unterscheidung von „politischen Flüchtlingen“ und „Wirtschaftsflüchtlingen“ in Frage und sehen ihre Forderungen als Prinzipien, die für alle Menschen gelten.

Wir sollten uns also bewusst sein: Wird die Forderung nach globaler Bewegungsfreiheit nicht in einem eindeutigen Kontext formuliert, löst sie ausserhalb des linken Kuchens Befremdung, wenn nicht sogar Empörung aus. So gelingt es nicht, eine gesellschaftliche Alternative zu skizzieren. Globale Bewegungsfreiheit ja, aber nicht ohne einen starken Kündigungsschutz, allgemeinverbindliche Mindestlöhne und geregelte Arbeitszeiten. Nur wenn erklärt wird, dass durch eine radikale Arbeitszeitverkürzung alle Menschen (und noch mehr) in der Schweiz Arbeit fänden; nur wenn klar ist, dass durch eine gerechte Vermögensverteilung genügend Wohnraum und Ressourcen für alle da wären; nur wenn wir also Forderungen aufstellen, die auf die gemeinsamen Interessen von Geflüchteten und Lohnabhängigen insgesamt verweisen, macht die Forderung Sinn.

Darüber hinaus lohnt es sich, über das Verhältnis des Prinzips „Bleiberecht für alle“ und einer linken Vorstellung von Demokratie nachzudenken. Denn Forderungen, die wir im Hier und Jetzt aufstellen, sollten nicht nur der Logik kapitalistischer Herrschaft entgegentreten, sondern auch aufzeigen, wie sich Politik in unserem Sinne gestalten liesse. Ein wichtiges Element eines revolutionär-sozialistischen Programms ist die radikale Demokratisierung und Vergesellschaftung aller Lebensbereiche. Aber was würde dies für die Bereiche Asyl und Migration bedeuten? Würde in einer sozialistischen Gesellschaft die Frage darüber, wie viele Menschen in einem Quartier, einer Gemeinde oder einer Stadt leben, zugunsten individueller Bewegungsfreiheit aus der Sphäre demokratischer Entscheidungen hinausfallen? Und wie stehen wir zu aktuellen „direkt-demokratischen“ Einbürgerungsverfahren in den Gemeinden? Kritisieren wir die Entscheidungen, die dabei gefällt werden oder das Prinzip der Abstimmung an sich? Als Linke sollten wir diese Debatte offen führen und nach Antworten suchen: Das Ziel sollte sein, zu verständlichen Forderungen, Strategien und Konzepten zu gelangen, die zwischen kurz- und langfristigen Perspektiven unterscheiden. Unmittelbare Forderungen wie sichere Fluchtrouten, faire Asylverfahren, sofortige Entmilitarisierung der Grenzen, Entkriminalisierung der Geflüchteten, Wiedereinführung des Botschaftsasyls, Sozialhilfe statt Nothilfe, massive Sofortinvestitionen in Infrastruktur zur Unterbringung und unentgeltliche Ausbildungsprogramme für Geflüchtete sollten im Zentrum des linken Diskurses stehen.

Feminismus

Vom Frauenmarsch zum Internationalen Frauenstreik

Der Marsch der Frauen gegen Trump vom 21. Januar war an sich schon ein Erfolg. Doch auch in anderen Ländern ist eine Wiedererstarkung feministischer Bewegungen erkennbar.

Cincia Arruzza*, Übersetzung BFS Basel

Die Organisator*innen des Women's March nach Washington wussten, dass die geplante Kundgebung gross werden würde. Doch die fast drei Millionen Menschen, die an diesem Tag in den USA auf die Strassen gingen, sowie die zahlreichen Kundgebungen auf der ganzen Welt übertrafen selbst die optimistischsten Erwartungen. Bemerkenswert war auch die massive Beteiligung von Menschen ohne bisherige politische Erfahrung. Viele protestierten zum ersten Mal in ihrem Leben. Diese Tatsache alleine sollte uns optimistisch stimmen, auch wenn der politische Charakter des Aufrufes und die Qualität der medialen Berichterstattungen begrenzt waren. Des Weiteren sollten wir darüber nachdenken, wie wir die aktuelle Dynamik aufrecht erhalten können! Wie kann die Mobilisierung der Frauen zu einem Anstoss für eine neue Massenbewegung werden, die nicht nur den aggressiven Rechtskurs Trumps in Frage stellt, sondern gegen neoliberale Politik und den institutionellen Rassismus insgesamt kämpft?

Die Zusammensetzung des Marsches

Während die Berichterstattung über den Marsch in Washington weitgehend durch liberal ausgerichtete Medien monopolisiert wurde und sich zu Beginn nur Weisse im Organisationskomitee befanden, war der Marsch selbst weitaus heterogener. Die grosse Anzahl der Teilnehmenden lässt sich nur begreifen, wenn wir uns der Vielfalt an Beweggründen bewusst werden, die die Menschen auf die Strasse brachten.

Sicherlich zog der Marsch auch enttäuschte Clinton-Anhänger*innen an, doch insgesamt ging es um viel mehr: Viele protestierten gegen Trumps frauenfeindliche und sexistische Politik (vor allem was das Recht auf Abtreibung angeht), seine Islamophobie, seinen Rassismus, seine Leugnung der Klimaerwärmung und seinen Autoritarismus. Auch Organisationen, politische Aktivist*innen und einfache Gewerkschaftsmitglieder, die vom Mindestlohn bis zum Kampf gegen die Klimaerwärmung ein breites Spektrum an Anliegen vertraten, beteiligten sich am Marsch.

Kritik am Frauenmarsch

In den Tagen nach dem Marsch wurde aber auch Kritik an der Organisation und am Charakter der Kundgebung laut. Erstens kritisierten viele das brave und friedliche Image, mit dem sich der Marsch an die Öffentlichkeit richtete. Noch am Tag davor war es im Rahmen der #DisruptJ20-Demonstrationen**, an denen sich viele latein- und afroamerikanische Frauen beteiligt hatten, zu

Verhaftungen durch die Polizei gekommen. Der Marsch selber blieb davon weitgehend verschont, aber nicht, weil sich dort alle so „friedlich“ verhielten, sondern aufgrund der massiven Präsenz weisser Frauen, die seltener von der Polizei angegriffen werden als nichtweisse Frauen.

Zweitens wurde die liberale Argumentation rund um den Marsch kritisiert, die sich auf Trumps reaktionäre Äusserungen und Absichten konzentrierte und nicht von Klassenauseinandersetzungen sprach. So ging auch vergessen, dass

Frauenrechte und die Lebensbedingungen von Frauen seit Jahren angegriffen werden, auch unter der Obama-Administration.

Drittens ärgerten sich manche darüber, dass zahlreiche Leute zwar bereit waren, gegen Trump zu demonstrieren, sich aber gleichzeitig während der Jahre zuvor zurückgehalten hatten, als es darum ging, die Black-Lives-Matter-Bewegung und den Kampf gegen rassistische Polizeigewalt zu unterstützen.

Selbst wenn wir diese Kritik teilen und uns der Widersprüchlichkeit der aktuellen Mobilisierungen bewusst sind, wäre es ein Fehler zu glauben, dass zwischen dem Frauenmarsch und anderen Bewegungen (Occupy Wallstreet, Black Lives Matter, Mobilisierung gegen die Dakota Access Pipeline) keine Verbindung besteht. Auch wenn keine perfekte politische Kontinuität zwischen dem Frauenmarsch und früheren antirassistischen und klassenkämpferischen Mobilisierungen besteht, waren es letztere, die den Weg für den Frauenmarsch geebnet haben. Mit der grösseren Anzahl Protestierender steigt auch die politische und soziale Heterogenität des Widerstandes, doch die breite Abstützung des Frauenmarsches ist und bleibt das Ergebnis der sozialen Widerstandsbewegungen der vergangenen fünf Jahre.

Frauenstreik am 8. März!

Der Frauenmarsch vom 21. Januar ist auch insofern interessant, als er im Kontext einer internationalen Welle von Frauenkämpfen stattgefunden hat. So wurden Streiks und

Demonstrationen unter anderem in Polen, Argentinien, Italien und Irland von Frauen angeführt. Es ist zu früh, um abschätzen zu können, ob damit eine neue feministische Bewegung entsteht, aber die aktuelle Lage kann uns durchaus optimistisch stimmen. In diesem Sinne sollten auch die Diskussionen darüber geführt werden, wie der Protest gegen die antimuslimischen Dekrete Trumps weiter organisiert werden kann.

Das Netzwerk Internationaler Frauenstreik hat für den internationalen Frauenkampftag am 8. März zu einem Streik aufgerufen. Bisher haben sich feministische Kollektive und Bündnisse in zahlreichen Ländern dem Streikaufruf angeschlossen und beteiligen sich an den Vorbereitungen. Die verschiedenen Gruppierungen formulieren dabei ihre eigenen Plattformen und Forderungen; meistens kombinieren sie die Opposition gegen männliche und sexistische Gewalt gegen Frauen und LGBT-Menschen mit sozialen Forderungen (Recht auf Abtreibung, Recht auf Migration, Mindestlöhne, bessere Arbeiter*innenrechte, gleiche Bezahlung von Mann und Frau, Verteidigung der öffentlichen Dienste) und dem Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Umweltzerstörung.

Die Aktionsformen variieren von Land zu Land und reichen von Demonstrationen über Mahnwachen, Boykotts, Sexstreiks bis zur direkten Aktion. In einigen Ländern, wie etwa in Italien, arbeiten Frauenkoalitionen und radikale Gewerkschaften auf die Entstehung einer neuen Streikwelle unter Führung der Frauen hin.

Gegen Trump und darüber hinaus!

Wenn es uns gelingt, den 8. März zu einem internationalen Streiktag werden zu lassen und mit verschiedenen streikbereiten Bündnissen und Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, würde dies nicht nur das aktuelle Mobilisierungspotential nutzen: Es könnte den aktuellen Protest auf eine neue Grundlage der internationalen und antiimperialistischen Solidarität heben, in der Migrant*innen, Frauen und LGBT-Menschen an vorderster Front gegen den institutionellen Rassismus und für bessere Reproduktions- und Arbeiter*innenrechte kämpfen. Gegen Trump, aber auch über Trump hinaus!

* Die englische und ungekürzte Fassung dieses Artikels ist am 1. Februar auf <http://novaramedia.com> erschienen.

** Das Aktivist*innen-Netzwerk #DisruptJ20 hatte sich zum Ziel gesetzt, die Amtsübernahme Trumps durch direkte Aktionen und Proteste zu verhindern.

Perspektive Rojava

„Eine echte Revolution steckt voller Widersprüche.“

In Oktober 2016 reiste Peter Loo nach Rojava, um als Englischlehrer Freiwilligenarbeit zu leisten und sich am Selbstverwaltungsprojekt dort zu beteiligen. Momentan arbeitet er an der SYPG-Kampagne in Qamischli mit. Ferner hatte er die Möglichkeit, mit verschiedenen Menschen vor Ort über die Lage in Rojava und der allgemeinen Situation Syriens zu sprechen. Das Interview wurde Ende Dezember 2016 geführt.

Interview mit Peter Loo*, Rojava Solidarity Cluster. Übersetzung BFS Basel.

Kannst du uns eine kurze Einführung in die Geschichte der Revolution in Rojava geben?

Peter: Die Ursprünge der Revolution in Rojava werden von vielen ignoriert, obwohl sie eigentlich wichtig für das Verständnis der Dynamik der ganzen Revolution sind. Die Partei der Demokratischen Union (PYD), welche eine Vorreiterrolle in der Revolution spielte, war bereits ab 2003 im Norden Syriens aktiv. Vor ihnen nutzte die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), mit welcher die PYD eng verbunden ist, das Gebiet bis 1998 als Basis für ihre Aktionen im kurdischen Teil der Türkei.

Die ersten grossen Proteste der syrischen Bevölkerung gegen Bashar al-Assad begannen 2011. Während in vielen syrischen Städten Hunderttausende Menschen gegen das Regime demonstrierten, fokussierte sich die PYD im Verlauf desselben Jahres auf die Organisation der kurdischen Gemeinden, indem man lokale Selbstverwaltungsformen formte und bewaffnete Selbstverteidigungseinheiten (YPG), darunter auch Fraueneinheiten (YPJ), aufstellte. Dies bildete die soziale Basis für die Revolution in Rojava. Mitte Juli 2012, als sich die soziale Bewegung gegen Assad in einen Bürgerkrieg verwandelte, konnten YPG/YPJ verschiedene Gebiete im Norden des Landes unter ihre Kontrolle bringen. Verschiedene Länder – darunter die USA und Russland – griffen zu dieser Zeit bereits vermehrt in den syrischen Bürgerkrieg ein.

Die vorrangig von Kurden*innen bewohnten Gemeinden, welche unter Kontrolle der PYD standen, stellten sich mehrheitlich gegen das Assad-Regime. In Gemeinden ohne kurdische Mehrheit behielten Assads Einheiten eine gewisse Präsenz. Hier in Qamischli (Qamişlo) unterstüt-



zen ungefähr 20% das Regime von Assad, einige Regierungsgebäude blieben die ganze Zeit unter der Kontrolle von Assads Regierung. Juli 2012 markiert die Etablierung Rojavas als ernstzunehmende Kraft im syrischen Bürgerkrieg. Die einzelnen neu gegründeten Kantone, die fortan unter Kontrolle der PYD standen, deklarierten ihre Opposition gegen Assad, jedoch ohne klare Beteiligung an den offiziellen syrischen Rebellengruppen. Die Beziehung zwischen Rojava und der Freien Syrischen Armee (FSA – die militärische Kraft, die von den syrischen Rebellen gegründet wurde) war zeitweise konfliktuell, zeitweise eher kooperativ.

Die eher positive Darstellung der Revolution in Rojava als ein erfolgreicher Aufstand wird auch kritisch betrachtet, unter anderem in England von Robin Yassin-Kassab und Leila al-Shami, welche das Buch „Burning Country“ publiziert haben. Die beiden argumentieren, dass der Rückzug

von Assads Truppen aus den kurdischen Gebieten mit der PYD abgesprochen war. Das Erstarken der kurdischen Kräfte wird als „fait accompli“ betrachtet. Demnach konnte die syrische Armee dadurch ihre Kräfte gegen die FSA bündeln. Ich habe diesbezüglich keine klaren Kenntnisse – vielleicht wird die Beziehung zwischen dem Regime und Rojava in den nächsten Monaten klarer. Dennoch scheint die Darstellung einer Zusammenarbeit der PYD mit dem Regime Assads nicht mit Berichten über militärische Verluste und andauernde Kampfhandlungen in den ersten Tagen der Machtübernahme durch die PYD übereinzustimmen. Das Gebiet von Rojava vergrösserte sich kontinuierlich – zwei von den drei Kantonen sind bereits direkt miteinander verbunden (Kobanê und Cizîrê). Versuche, diese Gebiete mit dem dritten Kanton Efrîn zu vereinen, dauern an. Ein politisches System basierend auf Dezentralisierung und der Konstruktion von lokalen Kommunen wurde errichtet.

Die Revolution begann demnach als eine von der PYD angeführte Bewegung, welche vorrangig von Kurd*innen unterstützt wurde?

Genau. Nach der ersten Phase des Aufstands – dem Regime von Assad die Kontrolle zu entziehen – folgte eine nächste Phase der politischen Konsolidierung und der Verwirklichung eines politischen Programms. Dieses Programm besitzt drei zentrale Punkte: (1) ein basisdemokratisches System, auch demokratischer Konföderalismus genannt, (2) eine Revolution der Frauen und (3) ein ökologisches Programm (einer der am wenigsten entwickelten Punkte). Nationale und internationale Unterstützung für dieses Programm ausserhalb der PYD und der kurdischen Gemeinde zu finden, ist ebenfalls ein erklärtes Ziel der Revolution.

Viele kleinere Parteien sind nun ein aktiver Teil der Revolution, und arbeiten unter der Dachorganisation TEV-DEM (Bewegung für eine demokratische Gesellschaft) zusammen. Jedoch bildet sich Widerstand gegen die Entwicklungen in Rojava. Unter dem Präsidenten der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak – Massoud Barzani – bildete sich eine Koalition von 16 Parteien (ENKS), welche die politischen Entwicklungen in Rojava nicht unterstützen. Barzani orientiert sich in seiner Politik eher an Staaten wie den Vereinigten Arabischen Emiraten und schliesst mit seinem Verbündeten, der Türkei, ein Embargo über Rojava nicht aus.

Ein wichtiges aktuelles Ziel der Revolution ist, die Unterstützung von allen Gemeinden in Rojava zu gewinnen. Diese Gemeinden mit teilweise arabischen, tschetschenischen oder armenische Bevölkerungsteilen beteiligen sich immer mehr am politischen Projekt und profitieren von dessen Realisierung in den verschiedenen Bereichen. Die Unterstützung für Rojava verändert sich von einer klaren politischen Motivation, wie zum Beispiel dem Wunsch nach einem freien Kurdistan oder der Identifikation mit den politischen Ideen von Abdullah Öcalan, zu einem weniger abstrakten Wunsch nach Frieden, Sicherheit und einer allgemeinen Versorgung der Bevölkerung. Die breite Unterstützung der YPG und der YPJ führte dabei zu einem militärischen Zusammenschluss mit den Demokratischen Kräften Syriens (SDF).



Die Poststelle in Qamischli ist, wie auch andere öffentliche Einrichtungen, immer noch unter der Kontrolle des Assad-Regimes.

Die Arbeit mit den zahlreichen arabischen Flüchtlingen, die vor dem Konflikt in Syrien fliehen und vom türkischen Staat an der Reise nach Europa gehindert werden, ist ein Teil der Solidaritätsarbeit für die Revolution in Rojava. Meine Arbeit mit dem TEV-DEM beschäftigt sich unter anderem mit dem Solidaritätsaufbau innerhalb der verschiedenen Gemeinden vor Ort. Die Syrische Gemeinde zum Beispiel ist gespalten zwischen Unterstützung des Regimes und der Revolution, wobei jede Seite ihre bewaffneten Einheiten besitzt. Wenn man sich in syrischen Wohnvierteln bewegt, wird diese Spaltung der Gesellschaft auch auf den Strassen sichtbar.

Lass uns nun über ein heikles Thema sprechen: die Beziehung zwischen dem Regime und der PYD. Wie siehst du das?

Wie ich bereits gesagt habe, konnte die Revolution das Regime nicht überall vertreiben. Hier in Qamishlo ist das Regime nach wie vor präsent. Auch als Aleppo vor kurzem wieder eingenommen wurde, gab es grosse Siegesfeiern von Assad-Anhängern und das Regime bezahlt nach wie vor die Löhne einiger Beamten*innen, z. B. der Lehrer*innen. Manchmal kommt es in den Städten, in denen das Regime noch präsent ist, wie beispielsweise

Aktiv werden!

Die BFS beteiligt sich in Basel am Netzwerk „**Solidarische Linke Kurdistan**“. Das Netzwerk unterstützt die kurdische Freiheitsbewegung und organisiert sich in solidarischem Verhältnis zu ihr, wenn auch mit eigenem Blickwinkel und eigenen Kriterien. Eine klare Haltung gegen Kapitalismus und Staat sowie das Ringen um eine solidarische Gesellschaftsperspektive verbindet uns mit dem Kampf der fortschrittlichen türkischen und kurdischen Bewegung.

Wir treffen uns alle zwei Wochen. Unsere Sitzungen sind öffentlich und Du bist herzlich eingeladen. Besuche unsere Webseite solidarischelinke.org, dort sind die nächsten Treffen aufgeführt oder schreib uns an netzwerksolidarischelinke@gmail.com wir nehmen dich gerne in unseren



Demonstration der Selbstverteidigungseinheiten YPJ (Frauen) und YPG (Män-

se in Qamishlo oder Hasseke, deswegen auch zu Konflikten.

Wie bereits erwähnt, hat sich diese Revolution hier als eine von den breiteren und sehr diversen Aufstandsbewegungen gegen Assad als unabhängige Kraft konstituiert. Sie hat auf die Unterstützung internationaler sozialer Bewegungen, progressiver politischer Parteien und auch, was sehr kontrovers diskutiert wird, auf die Unterstützung mächtiger Staaten wie der USA und (zeitweise) Russland gebaut. Diese haben zu einem gewissen Teil verhindert, dass Assad oder, was im Moment wahrscheinlicher scheint, der Türkische Staat, die Revolution in Rojava vollkommen niederschlagen konnten, aber die Situation ist nach wie vor heikel. Es bleibt bis heute noch unklar, wie sich das Regime gegenüber Rojava (und umgekehrt) ausrichten wird. Im Moment hat keine der Parteien die militärische Kraft, um die andere Seite problemlos zu besiegen. Mit dem Sieg über die Rebellen und in der Folge der sicheren Wiederbesetzung von Aleppo, könnte sich das aber schnell ändern. Die YPG und die YPJ des grossen kurdischen Viertels Sheiq Masqsoud in Aleppo, welche die Stadt gegen Angriffe von Rebellen verteidigt haben (und damit in gewisser Hinsicht auch Assads Truppen unterstützten), haben sich nun aus der Stadt zurückgezogen, sodass nur noch die bewaffneten Polizeieinheiten (Asaiysh) in den Quartieren verbleiben.

Diese „Beziehung“ zum Regime wurde vielfach kritisiert. Zu Beginn der Freiheitskämpfe in Syrien schien eine breite Allianz zwischen Kurd*innen und Araber*innen möglich, sie scheiterte jedoch aus verschiedenen Gründen. Unter anderem herrscht ein latenter arabischer Chauvinismus, ein Nebenprodukt der jahrzehntelangen Kolonialherrschaft des Regimes in Rojava, der dazu führte, dass sowohl

das Regime wie auch die Rebellen einer kurdischen Autonomie mit Widerwillen begegneten. Der Aufstieg von islamistischen Kräften auf Seiten der Rebellen hat ebenfalls eine breite Koalition zwischen der Revolution in Rojava und den Rebellen verhindert. Es wurden Bündnisse mit regionalen Kräften, beispielsweise der SDF, eingegangen, aber eine breite Allianz mit den grösseren Fraktionen auf Rebellenseite konnte nicht erreicht werden. Dieses verpasste Bündnis, wenn es denn überhaupt möglich gewesen wäre, hat den Lauf des Konflikts wahrscheinlich erheblich beeinflusst.

Wir haben eine rasche Ausdehnung der Rojava-Kantone gesehen, besonders in Gebieten mit einer mehrheitlich arabischen Bevölkerung. Kannst du uns von deinen Erfahrungen bezüglich der verschiedenen ethnischen Gruppen berichten? Wie haben sie die Revolution aufgenommen und wie werden sie miteinbezogen?

Im Jahr 2015 sind die von den Kantonen kontrollierten Gebiete aufgrund einer Offensive gegen den Islamischen Staat (IS) massiv angewachsen. Es ist unbestreitbar, dass ein Grund dafür der Wunsch nach einem kontinuierlichen, verbundenen Gebiet von Kantonen ist. Diese Offensiven von hauptsächlich kurdischen Einheiten in ein vornehmlich arabisches Gebiet haben zu einigen Problemen geführt. Ich hatte die Möglichkeit, im Dezember die Front bei Salouk zu besuchen. Als die Raqqa-Offensive die Frontlinie weiter nach Vorne verschob, konnten die Menschen zurück in ihre Dörfer gehen. Im Grossen und Ganzen schienen die Dorfbewohner*innen, die ich traf, die SDF zu unterstützen. Dennoch unterstützen nicht alle die Ereignisse – viele waren oder sind immer noch Unterstüt-

zer*innen des IS. Wir besuchten einen Tabur (militärische Einheit), der im Frühjahr Opfer eines Selbstmordattentates geworden war; der Attentäter war ein regelmässiger Besucher aus dem Dorf nebenan.

Weil sich das Einflussgebiet der PYD ständig ausgedehnt hat, wurden einige Veränderungen vorgenommen, um die wachsende Anzahl nicht-kurdischer Beteiligter aufzunehmen. Ich habe bereits die SDF erwähnt, ein multi-ethnisches Militärbündnis, welches einen positiven Schritt für die Revolution darstellt. Der aktuelle offizielle Name der Region, Demokratische Konföderation Nordsyriens, ist Anzeichen des multi-ethnischen Projekts, das die Revolution aufzubauen versucht. Wir haben einen Co-Vorsitzenden der Konföderation sprechen gehört, Mansur Salem, ein arabischer Syrer, und er hat betont, dass die wichtigste politische Herausforderung für die Revolution der Aufbau dieser multi-ethnischen Unterstützung ist.

Oft wird der Aspekt der Frauenbefreiung stark betont und darauf hingewiesen, dass die traditionellen Geschlechterrollen überwunden werden müssen. Wie stark beeinflussen diese Forderungen den Alltag in Rojava und sind sie tatsächlich ein so fundamentaler Teil der Bewegung?

Ein typischer Kritikpunkt der europäischen Linken an Rojava ist zu behaupten, dass sich die Frauenrevolution nur gerade auf die Frauen in der YPJ beschränke. Wenn dem so wäre, dann könnte man keinesfalls behaupten, in Rojava gebe es eine Frauenrevolution. Immerhin besteht auch in Israel die Wehrpflicht für Frauen und Muammar Gaddafi war berühmt für seine weiblichen Bodyguards. In der Geschichte gibt es zahlreiche Beispiele von Frauen, die bedeutende Rollen in sozialen Kämpfen oder in militärischen Konflikten spielten, nur um am Ende des bewaffneten Konflikts wieder in ihre unterwürfige gesellschaftliche Position zurückzukehren. Aber dies ist nicht der Punkt, an welchem die Frauenrevolution in Rojava endet. Weder stoppt sie bei der 40 Prozent-Quote von Frauen in allen Komitees, noch bei der gleichberechtigten Redezeit (womit sie den meisten westlichen Ländern bereits einen Schritt voraus ist). All diese bereits sichtbaren Ergebnisse werden von einer langfristigen, beharrlichen Weiterentwicklung der Frauenbewegung begleitet: Politische Bildung für Frauen soll dafür sorgen, dass sie ihre Fähigkeiten entwickeln können und dass ihr Selbstvertrauen als zukünftige Organisator*innen gestärkt wird. Mit Formen von (Um-)Erziehung und Interventionen wird gegen häusliche und sexuelle Gewalt von Männern vorgegangen und es gibt aktive Frauenkomitees auf allen Stufen des föderalen Systems. Der Kongreya Star (Starkongress) leistet unermüdliche Arbeit und ist Ausdruck der organisierten Frauenbewegung hier in Rojava. Aber einmal mehr ist dies kein problemloser Prozess. Die emanzipatorischen Versuche treffen auf eine unglaublich konservative Gesellschaft, in welcher Gewalt gegen Frauen, Ehrenmorde, Zwangsheirat, Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern so wie weitere alltägliche Merkmale des Patriarchats vor der Revolution sehr gebräuchlich waren. Die Bewegung arbeitet hart und ver-

sucht, direkt handlungsfähig zu sein bei konkreten Problemen, will aber auch einen längerfristigen, effektiveren Ansatz vorantreiben.

Wie bei allem hier bestehen grosse Ähnlichkeit mit westlichen Bewegungen, aber es gibt auch viele Unterschiede. Das politische Unterfangen der Frauenbewegung hier wird kollektiv als Jineologie bezeichnet, was so viel wie die Wissenschaft der Frauen bedeutet. Öcalan ist – wenig überraschend – eine Hauptfigur der jineologischen Theorie und hat eine umfassende Argumentation über die historischen Wurzeln des Patriarchats vorgelegt. Der Kapitalismus wird als von Natur aus patriarchal angesehen und Öcalan, der einmal mehr die Schlüsselfigur der Bewegung ist, argumentiert, dass „die Notwendigkeit, die Rolle des Mannes zu verändern, von revolutionärer Wichtigkeit ist.“

Einige Teile der Theorie werden jedoch etwas problematisch sein für einige Feminist*innen im Westen. Zum Beispiel scheint der jineologische Ansatz in Bezug auf das Geschlecht essentialistisch zu sein, da er den Geschlechtern bestimmte Charakteristika zuweist. Queer-Feminist*innen werden diese Herangehensweise wohl schwierig finden. Die Geschlechterpolitik wird ebenfalls ziemlich anders als im Westen gehandhabt, da sexuelle Kontakte zwischen hohen Parteimitgliedern verboten sind und in den übrigen Teilen der Gesellschaft die vorhehliche Enthaltensamkeit immer noch verankert ist. In vie-

Es gibt zahlreiche Beispiele von Frauen, die bedeutende Rollen in sozialen Kämpfen oder militärischen Konflikten spielten, nur um am Ende wieder in ihre unterwürfige Position zurückkehren zu müssen. In Rojava geht die Frauenrevolution weiter.“

len Interviews, die Queer-Sexualität thematisieren, lautet die übliche Antwort in etwa: „Wir haben in Rojava noch nie eine homosexuelle Person getroffen“. Dennoch ist dies hoffentlich etwas, was in Zukunft angegangen wird und ich habe sogar schon Berichte von öffentlichen Vorträgen über LGBT-Politik in einigen Gebieten gehört.

Könnte man nicht über die gesamte apoitische Bewegungen sagen, dass sie mit den Positionen der westlichen Linken teilweise divergiert?

Ja, definitiv. Viele Debatten über die PKK drehen sich im Kreis, da sie beispielsweise auf der Frage aufbauen, ob die PKK nun eine anarchistische Organisation geworden ist oder nicht und somit versäumen, die Bewegung an sich zu analysieren. Die PKK ist heute genau so wenig einfach eine anarchistische Bewegung, wie sie in der Vergangenheit eine geradlinig marxistisch-leninistische Organisation war. Die PKK und ihre nahestehenden Organisationen

definieren sich selbst als „apoistisch“ – eine Bewegung um Abdullah Öcalan und seine ziemlich eklektischen Arbeiten. Die Bewegungen, die sich auf seine politische Vision stützen, sind widersprüchlich, insbesondere seit der Entwicklung des „neuen Paradigmas“ seit Öcalans Inhaftierung im Jahre 1999. Das seither entwickelte Paradigma veränderte viele Teile der politischen Visionen der PKK. Obwohl die PKK sich jetzt formell von der Idee eines unabhängigen kurdischen Staates distanziert hat und an dessen Stelle ein neues Modell des demokratischen Konföderalismus vertritt, ist die Organisation immer noch sehr hierarchisch aufgebaut, mit strikter Disziplin für Kadermitglieder und einem Personenkult rundum Öcalan selbst. Ihre Auffassung einer Revolution ist kein Abbild der klassischen revolutionären Bewegungen, sondern lässt sich folgendermassen beschreiben:

„Weder die anarchistische Idee der sofortigen Zerschlagung des ganzen Staates noch die kommunistische Idee der sofortigen Übernahme des gesamten Staates. Mit der Zeit werden wir zu jedem Teil des Staates eine Alternative entwickeln, die von den Menschen ausgeht und wenn diese Alternativen erfolgreich sind, werden die verschiedenen Teile des Staates sich nach und nach auflösen.“

Bedeutsam ist, dass die Kapitalismuskritik, in der eigenen Terminologie als kapitalistische Moderne bezeichnet, sehr undurchsichtig bleibt und sicherlich nicht so fundamental ist, wie diejenige der marxistischen Tradition. Während die apoistische Bewegung mit sehr vielen Werten der sozialistischen und anarchistischen Traditionen übereinstimmt, ist sie dennoch etwas Anderes und Eigenständiges.



Treffen einer lokalen Kommune in Qa-

Besonders schwierig aus der Perspektive hier ist, dass die apoistische Bewegung die Grenzen seiner politischen Parteien überschritten hat und sich zu einer sozialen Massenbewegung entwickelt hat, mit Elementen der Selbstorganisation über die Partei hinaus. Meiner Meinung nach sollte die revolutionäre Linke eher die PYD und die apoistische Bewegung im Mittleren Osten unterstützen als (vermeintlich) unorganisierte oder isolierte Gruppen, von denen nicht ganz klar ist, in welcher Perspektive sie sich bewegen. Denn die apoistische Bewegung ist eine sehr grosse, möglicherweise die grösste progressive Kraft im Mittleren Osten und ein Grossteil ihrer Ansichten stehen

im Einklang mit unseren. Durch echte Solidaritätsarbeit, welche auch über das Artikelschreiben hinaus geht (was gar nicht so einfach ist), kann es gelingen, eine Plattform zu errichten, die als Basis für inhaltliche Diskussionen mit diesen Bewegungen dient. Es gibt Teile der apoistischen Vision, die ich kritisch sehe und die ich gerne mit ihnen diskutieren würde (z.B. ihre spezifische Definition und Kritik am Kapitalismus), aber so ein Dialog wird nur dann zustande kommen, wenn auch die Solidaritätsbewegung erfolgreiche Arbeit leistet.

Zurück zu den Kommunen, wie wichtig sind diese?

Auf der lokalen Ebene werden dort kleinere Probleme gelöst, grössere Probleme hervorgehoben und die Ideen der Revolution verbreitet. Die niedrigeren Ebenen dienen sowohl als Zentren zur Mobilisierung von Menschen für die Selbstverteidigung oder für Demonstrationen und Kundgebungen als auch als Organisatoren der lokalen Treffen und Komitees. Wenn wir an politischen Veranstaltungen teilnehmen, fahren wir meist zusammen in grossen Buskonvois von der Mala Gel (soziales Zentrum) unseres Viertels los und wenn wir selbst Veranstaltungen organisieren, sind die lokalen Kommunen wichtige Quellen der Vernetzung. Ich habe noch nicht genug von diesem sehr komplexen System gesehen, um zu beurteilen, inwiefern die Ideen von der Basis dieses Systems über die verschiedenen gewählten Delegierten und thematischen Komitees zu den höheren Ebenen des föderalen Systems gelangen.

Es ist lustig, ich habe einen europäischen Marxisten-Leninist*innen getroffen, der davon überzeugt war, dass die Anarchisten die gesamte Revolution falsch verstanden hätten und dass die Rolle der Kommunen hier eine sehr bescheidene Rolle spielen. Für ihn war die Revolution von der PYD und der YPG/YPG dominiert. Als wir dann gemeinsam eine der internationalen marxistisch-leninistischen Parteien hier trafen, die sehr in den Kommunen aktiv ist und diese mitaufbaut, änderte er seine Haltung ziemlich schnell.

Vielleicht sind einige westliche Linke ein bisschen zu optimistisch, was die Rolle der Kommunen angeht. Dennoch gibt es sie und das Rätssystem wird kontinuierlich aufgebaut. Wir sollten unsere Wünsche aber nicht mit der Realität verwechseln.

Viele fragen sich natürlich, was für ein ökonomisches System hier aufgebaut wird...

Die Region in Nordsyrien ist aus historischen Gründen stark unterentwickelt und wurde vom syrischen Regime als eine Art Kolonie gebraucht. Arabische Siedler*innen wurden dazu ermutigt, sich in der Region niederzulassen, der Abbau der Ölvorkommen sowie die Landwirtschaft wurde zentral vom Regime verwaltet.

Der heutige Kanton Efrin hatte früher zahlreiche Wälder, diese wurden durch Olivenbaumplantagen ersetzt, auch die Getreideproduktion wurde vom Regime intensiviert. Seit der Revolution versuchen die Leute hier, die landwirt-

schaftliche Produktion nach ökonomischen und ökologischen Kriterien zu diversifizieren.

Die Revolution konnte sich also nicht auf ein starkes ökonomisches Fundament stützen. Die wenigen grossen Produktionsstätten wurden sozialisiert. Dabei handelt es sich um eine Zementfabrik und eine Ölbohranlage bei Tishrin Dam. In Kamishli gibt es rund 60 Fariken mit maximal 20 Angestellten. Einige davon sind private Initiativen, einige Kooperativen. Handel und Transport sind wenig entwickelt. Als das Regime vertrieben wurde, blieben wenige Strukturen der Versorgung wie grosse Supermarktketten da, die hätten sozialisiert werden können. Das kleine Bahnnetz beispielsweise ist gar nicht mehr in Betrieb, der Flughafen der Stadt wird vom Assad-Regime kontrolliert.

Heute können wir sagen, dass in Rojava drei parallele Wirtschaftsformen existieren: eine Kriegswirtschaft, eine privat organisierte Wirtschaft und eine soziale, auf Kooperativen gestützte Wirtschaft, welche die Versorgung der Bevölkerung mit alltäglichen Gütern wie Brot oder Öl sicherstellt. Es ist offensichtlich, dass, sobald das Embargo aufgehoben wird und privates Geld ins Land kommt, die Gefahr besteht, dass die kooperative Wirtschaft vollständig an den Rand gedrängt wird.

Was ist deiner Meinung nach das bisher wichtigste Ergebnis der Revolution?

Für die Menschen aus der Region bedeutet die Revolution, dass sie nicht länger vom Assad-Regime oder vom IS unterdrückt werden. Auch bezüglich der Frauenbefreiung und der direkten Demokratie wurden grosse Fortschritte erzielt. International gesehen hat die Revolution auch die sozialen und politischen Kämpfe in der Türkei beflügelt. Obwohl wir vorsichtig sein sollten, gibt es viele Dinge, die wir von dieser Revolution lernen können. Vor allem erinnert uns Rojava daran, dass Revolutionen immer möglich sind, wenn Revolutionär*innen sich organisieren, sich einer Sache wirklich ernsthaft hingeben und auch bereit sind, ihr Leben zu riskieren.

Was möchtest du zum Schluss noch sagen?

Die Revolution hier führt nicht zur perfekten Fantasie, die einige im Westen haben. Sie war keine spontane Erhebung der Mehrheit der Bevölkerung, und die Revolution hat bisher weder den Staat noch den Kapitalismus abgeschafft. Viele Probleme sind noch zu lösen. Obwohl wir hier nicht von Kommunismus sprechen können, sollten wir diese Revolution aber achten und unterstützen. Wie alle Revolutionen ist auch diese nicht vollständig auf die Welt gekommen, sondern muss langsam und mühsam gegen allerlei Hindernisse aufgebaut werden.

Im Gegensatz zu anderen Revolutionen ist der Prozess in Rojava schwierig zu definieren. Labels wie „anarchistisch“ oder „Revolution ohne Staat“ verdecken mehr, als sie erklären. Was wir heute sicher sagen können: Das Leben in Ro-



Die erste Konferenz der Jugendorganisation der Frauen des Kantons Cizre.

java ist besser für mehr Leute als in den meisten anderen Orten im Mittleren Osten.

Für diejenigen Revolutionär*innen, die Angst davor haben, wirklich Macht inne zu haben, anstatt immer nur Widerstand zu leisten, möchte ich gerne Murray Bookchin zitieren: „Anarchist*innen verlangen die Abschaffung des Staates, aber gewisse Zwangsmittel werden notwendig sein, um den bürgerlichen Staat davon abzuhalten, zurückzukehren. Wenn sich die Gelegenheit für eine libertäre Organisation ergibt, mit Unterstützung der Massen die Macht zu übernehmen, sie dies aber aus Angst davor, einen Staat zu erschaffen, nicht tut, ist dies ein Zeichen der Verwirrtheit und kann in einer völligen Niederlage münden.“

Eine richtige Revolution beinhaltet eine riesige Menge an Widersprüchen, durch die wir uns durchkämpfen müssen. Die Revolution in Rojava ist weiterhin auf unsere Solidarität angewiesen, umso mehr, weil die türkische Regierung ihre konterrevolutionäre Rolle nicht nur innerhalb der Türkei selbst, sondern auch im Irak und in Syrien intensiviert. Wir brauchen in allen Ländern effiziente Solidaritätsstrukturen, die sich auch international koordinieren. Es mag sich wie ein Klischee anhören, aber wir sollten nicht vergessen: Solidarität ist kein Wort, sondern eine Waffe.

* Peter Loo ist Mitglied der britischen Organisation Plan C (www.weareplanc.org) und aktiv im Rojava Solidarity Cluster. Vor Ort ist er in der SYKG (Organisation für die Union und Unterstützung der Völker) aktiv. Die SYKG ruft Geflüchtete dazu auf, zurückzukehren oder erst gar nicht zu flüchten, sondern sich am Aufbau einer neuen Gesellschaft zu beteiligen. Das hier abgedruckte Interview wurde gekürzt. Die englische und vollständige Version findet sich auf <http://novaramedia.com>.

Unternehmenssteuerreform

Nicht mehr als ein Zwischensieg

Die Unternehmenssteuerreform III wurde mit 59.1% verworfen, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften jubeln. Auch wenn der Abstimmungssieg wichtig ist, sollten wir uns über die aktuelle Steuerpolitik keine Illusionen machen. **BFS Zürich**

Die Befürworter*innen der Reform sind schlussendlich an einer Nein-Kampagne gescheitert, die auf den so genannten „Mittelstand“ abzielte.

Dieser „Mittelstand“ soll jetzt also das neoliberale Projekt USR III gebodigt haben. Freudentaumel, historischer Sieg, könnte man denken. Doch das würde dem Resultat nicht entsprechen. Wie so viele Abstimmungen in den letzten Jahren war auch der Kampf um die USR III ein reiner Abwehrkampf. Keine progressiven Forderungen, keine Entlastung der Lohnabhängigen. Es ging nicht darum, dass Spitäler wieder mehr Geld erhalten sollen, sondern nur darum, dass denen am Ende nicht noch weniger zu Verfügung steht.

Die Steuerreform geht jetzt wieder zurück und wird neu verhandelt werden. Das Parlament wird die Vorlage an einigen Punkten etwas abschwächen und dann wieder in die Vernehmlassung schicken. Die Kantone halten die Geschwindigkeit im Steuerwettbewerb hoch und senken auch ohne USR III ihre Steuern und die Ausgaben, wie wir beispielsweise im Kanton Zürich, Luzern, Aargau oder Genf im letzten Jahr erleben konnten.

Der Kampf um die Ausgestaltung der Unternehmenssteuern geht nun also in die nächste Runde, wahrscheinlich beginnt der entscheidende Teil erst jetzt. Damit dieser Kampf für die politische Linke und somit für den überwiegenden Teil der lohnabhängigen Bevölkerung erfolgreich sein kann, gibt es einige Punkte zu beachten:

1. Den Fokus von den Steuern zum Service Public

Der Fokus der Nein-Kampagne auf den so genannten „Mittelstand“ wurde unter anderem damit begründet, dass überhaupt erst mittlere Einkommen signifikante Steuerbeträge zahlen würden und dass damit also überhaupt erst diese Bevölkerungsschicht eine Erhöhung der Steuern für Private zu spüren bekäme. Das mag ein Stück weit richtig sein, ist doch der progressive Steuersatz eine der wichtigsten Errungenschaften zur sozialen Umverteilung.

Gleichzeitig geht bei dieser Argumentationsweise ein wichtiges Element vergessen: Staatliche Leistungen, genauer der Service Public, sind grundsätzlich auch ein Bestandteil unseres Soziallohnes. Und dieser steht allen Menschen zu Verfügung, insbesondere auch Lohnabhängigen mit geringem Einkommen. Steuerausfälle in Milliardenhöhe führen unweigerlich zu einem Abbau des Service Public und damit zu einem sinkenden Soziallohn für alle Lohnabhängigen. Anstatt nur von Steuern zu sprechen, müssen wir die Angriffe auf den Service Public ins Zentrum der Auseinandersetzung

stellen und diesen mit allen Mitteln als soziale Errungenschaft früherer Kämpfe verteidigen.

2. Wegkommen vom Begriff des „Mittelstands“

Damit ist auch schon angedeutet, was vom Begriff des „Mittelstands“ als Kampfbegriff zu halten ist: sehr wenig. Anstatt die Solidarität und die verbindenden Elemente zwischen allen Lohnabhängigen zu stärken, bringt man hier begrifflich Menschen mit geringem und solche mit mittlerem Einkommen gegeneinander auf. Was scheinbar dem „Mittelstand“ weggenommen wird, käme dann den wirtschaftlich Schwächeren zugute. Dabei ist es wichtig aufzuzeigen, dass die Grenze eben nicht zwischen den Einkommensklassen oder den Steuereinstufungen verläuft, sondern zwischen denjenigen Menschen, welche von ihrem Lohn abhängig sind und die auf einen funktionierenden Service Public, also Spitäler, Verkehrsmittel, Schulen und so weiter angewiesen sind und denjenigen Menschen, welche den überwiegenden Teil des Vermögens in der Schweiz besitzen.

3. Kritik an Unternehmensstrukturen und globalen Konstrukten üben

Dieser sehr kleine, sehr reiche Teil der Bevölkerung profitiert enorm von Steuererleichterungen wie der USR III. Dabei drohen sie immer wieder damit, ihre Unternehmen und ihr Kapital abzuziehen, oder zu verlagern, sollten ihre Forderungen nach Steuererleichterungen und einem „fruchtbaren“ Boden für Investitionen nicht erfüllt werden. Der globalisierte Kapitalismus scheint sich an nationalstaatliche Regelungen nicht mehr halten zu müssen. Anstatt dieser Entwicklung ohnmächtig gegenüberzustehen, müssen wir wieder damit beginnen, diese Strukturen zu kritisieren. Wir müssen aufzeigen, dass eine Briefkastenfirma im Kanton Zug grundsätzlich eine Schweinerei ist, nicht nur dann, wenn sie keine Steuern zahlt. Wir müssen aufzeigen, dass wir einer globalisierten Wirtschaft unsere internationale Solidarität und Zusammenarbeit entgegensetzen können.

4. Eine grundsätzliche Debatte über gesellschaftlichen Reichtum starten

Wir müssen wieder darauf verweisen, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung den Reichtum produziert, von dem schlussendlich ein sehr kleiner anderer Teil profitiert – der dann unter Umständen auch noch damit droht, wegzuziehen. Erst so können wir analytisch fassen, dass eine Steuer für ein Unternehmen nicht einfach ein Wettbewerbshindernis ist, sondern dass damit zumindest ein kleiner Teil des gesellschaftlich produzierten Reichtums wieder zurückfliesst, dass diese Umverteilung eigentlich eine Rückverteilung ist. Dem Vorschlag, dass dieser Teil noch kleiner wird, lässt sich dann eine simple Losung entgegensetzen: Das Geld dort holen, wo es ist!

In eigener Sache

Warum eine BFS aufbauen?

Sich heute als Sozialist*in zu bezeichnen, scheint alles andere als selbstverständlich. Die schlechte Bilanz der „realsozialistischen“ Staaten sowie die desaströse Politik sozialdemokratischer Parteien tragen zur allgemeinen Konfusion über die ursprünglichen Anliegen und Ideen des Sozialismus bei. Mit dem folgenden Text versuchen wir zu erklären, warum wir es für notwendig erachten, eine Bewegung für den Sozialismus aufzubauen. **BFS**

Während weltweit Hunderte von Millionen Menschen nicht in der Lage sind, ihre Grundbedürfnisse nach Nahrung, Unterkunft, Sicherheit und Gesundheit zu decken, nehmen auch in grossen Teilen Europas Armut und Arbeitslosigkeit dramatisch zu. Und selbst in der reichen Schweiz müssen Hunderttausende einer Lohnarbeit nachgehen, ohne dabei ihre Lebenskosten decken zu können (working poor), leiden viele unter der zunehmenden Intensität der Arbeitswelt (Stresserkrankungen), werden Millionen Menschen rechtlich diskriminiert (Migrant*innen, Sans-Papiers).

Die aktuelle Gesellschaft, in der sich die herrschende Klasse auf Kosten der Lohnabhängigen und unseren natürlichen Lebensgrundlagen weltweit bereichert, ist weder naturgegeben noch unumstösslich. Sie ist das Produkt eines historischen Prozesses, dessen Weiterentwicklung wir gemeinsam beeinflussen können. Wir, Aktivist*innen der Bewegung für den Sozialismus, sind davon überzeugt, dass die kapitalistische Gesellschaft täglich zu Ungleichheit, Unterdrückung und Gewalt führt und deswegen überwunden werden muss. Armut, Umweltzerstörung, Sexismus, Rassismus und andere Diskriminierungsformen verstehen wir als Folge eines Systems, das seinen Ursprung in der Trennung der Gesellschaft in eine besitzende Minderheit und eine (mehr oder wenige) besitzlose Mehrheit hat.

Widerstand zeichnet Konturen einer anderen Welt!

Deshalb beteiligen wir uns an den Mobilisierungen gegen den Kapitalismus (WEF, G8, OSZE usw.) und seine imperialistischen Kriege. Wir engagieren uns auch in antirassistischen, feministischen und ökologischen Bewegungen sowie an den Schulen und Universitäten. Wir unterstützen die Bemühungen all jener, die aktiv für die Forderungen, Interessen und Rechte der lohnabhängigen Menschen und aller Unterdrückten eintreten. Wir sind an der Basis der Gewerkschaften aktiv, wo wir die direkte Aktion der Lohnabhängigen (Mobilisierungen, Streiks usw.) fördern und unterstützen. Wir wollen durch kollektive Kämpfe die Ideen und Grundsätze einer anderen Gesellschaft entwickeln und zur Diskussion stellen. Wir wünschen uns eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, in der die wirtschaftliche Produktion, die Kultur und die Wissenschaft die Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigen und nicht dazu dienen, privaten Profit zu erzielen. Solange die Produktionsmittel (Fabriken, Büros, Institutionen) in

den Händen des Kapitals verbleiben, wird stets das Streben nach Gewinnmaximierung Produktion und Arbeitsbedingungen bestimmen. Indem wir den Kapitalismus und seine Eigentumsverhältnisse als Ganzes kritisieren, stellen wir die innere Logik der aktuellen Verhältnisse ins Zentrum unserer Kritik, anstatt uns über „gierige Manager“ aufzuregen oder gar Minderheiten unserer Gesellschaft (Sozialhilfebezügler*innen, Arbeitslose, Flüchtlinge usw.) als Sündenböcke herbeizuziehen.

Grüner Kapitalismus?

Die jüngsten ökonomischen, gesellschaftlichen und klimatischen Entwicklungen machen deutlich, dass die kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht in der Lage ist, eine ökologisch nachhaltige Produktion und Konsumation zu organisieren. Enormer Ressourcenabbau, umweltfeindliche Industrie, Individualverkehr, industrielle Landwirtschaft und Viehzucht, verbunden mit einer auf die Bedürfnisse des Kapitals zugerichteten Lebensweise verunmöglichen eine ökologische Neuausrichtung des Kapitalismus. Schuld daran sind auch hier nicht in erster Linie die "unvernünftigen" Konsument*innen, sondern die Logik eines Systems, das auf Gedeih und Verderben auf Wachstum angewiesen ist.

Für eine echte Basisdemokratie

Wir wollen eine Gesellschaft, in der dank einer wirklichen Demokratie gemeinsam und unter Berücksichtigung aller darüber entschieden wird, was, wie und für wen produziert wird; in der das Potential, das in der gesellschaftlichen Arbeit, in der Wissenschaft, der Technik und der Kunst steckt, der ganzen Menschheit zu Gute kommt. Wir streben eine Gesellschaft an, „in der die freie Entwicklung einer jeder und eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“.

Sozialismus neu denken!

Ist Sozialismus nicht ein veraltetes und autoritäres Konzept, das in Form des „Realsozialismus“ längst gescheitert ist? Wir finden nicht! Sozialismus hat für uns nichts mit „Stalinismus“ oder anderen autoritären Denkformen zu tun. Die Idee des revolutionären Sozialismus bedeutet für uns, sich in der Perspektive einer Kollektivierung der Produktionsmittel für eine basisdemokratische und emanzipatorische Gesellschaft einzusetzen. Sozialismus bedeutet weder die Einzelherrschaft einer Partei noch die Unterdrückung Andersdenkender. Er ist ein Mittel, mit dem wir die kapitalistische Klassengesellschaft in eine klassenlose und selbstverwaltete Gesellschaft revolutionieren möchten.

Mitmachen!

Wenn du Interesse hast, an einem Treffen oder einer Veranstaltung der BFS teilzunehmen oder mehr Informationen möchtest, dann nimm Kontakt mit uns auf. Kontakt siehe Rückseite.

AGENDA

Frauenunterdrückung & Kapitalismus gleichzeitig bekämpfen!

Wann: Donnerstag, 09. März 2017 um 18:30 Uhr.

Wo: Soziologisches Institut der Uni Basel, Petersgraben 27, Basel.

In vielen Ländern wird das Recht auf Abtreibung angegriffen und von reaktionären Parteien in Frage gestellt. Die feministischen Kämpfe der letzten Wochen zeigen, dass aktiver und organisierter Widerstand diese Angriffe verhindern kann! Wie können wir im Kontext der kapitalistischen Krise den Kampf gegen Geschlechterdiskriminierung mit dem Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung insgesamt verbinden? Wir möchten diese und weitere Fragen mit Euch diskutieren. **Mehr Infos unter sozialismus.ch**

Demo: Internationaler Frauenkampftag!

Wann: Samstag, 11. März 2017, 13:30 Uhr. | **Wo:** Hechtplatz, Zürich.

Am 11. März 2017 findet die alljährliche Demo zum Frauenkampftag statt. An diesem Tag – und an jedem anderen Tag im Jahr – kämpfen wir für ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben in einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Seit Jahrzehnten wird die 8. März-Demonstration ohne offizielle Bewilligung und unter solidarischem Fernbleiben der Männer durchgeführt. Sie ist ein wichtiger Anlass und wird von einem vielfältigen, linken, revolutionären und feministischen Frauenbündnis organisiert. Komm & bring deine Freund*innen mit!

Demo: Women's March Zürich

Wann: Samstag, 18. März 2017. | **Genauere Infos:** Facebook.com, Women's March Zürich.

Inspiziert durch den Women's March in Washington DC organisiert ein Komitee von jungen Frauen am Samstag, 18. März 2017 einen Women's March in Zürich, um für Solidarität, Freiheit und Gleichheit zu demonstrieren. Die Bewegung für den Sozialismus unterstützt diesen Aufruf und beteiligt sich an der Vorbereitung und der Mobilisierung.

Demo: March against Monsanto & Syngenta

Wann: Samstag 20. Mai 2017, 14 Uhr. | **Wo:** Barfüsserplatz Basel.

In Basel befindet sich der Hauptsitz von Syngenta. Syngenta ist globaler Marktführer für Pestizide und Weltnummer drei im Bereich kommerzielles Saatgut. Das Agrobusiness fördert eine industrielle Landwirtschaft mit Pestiziden, Saatgut-Patenten und Gentechnik und setzt damit unsere Zukunft aufs Spiel. Kommt auf die Strasse, damit diese Konzerne uns nicht weiterhin um den Finger wickeln! **Mehr Infos unter marchagainstsylngenta.ch**

Lesekreis: 17 Widersprüche und das Ende des Kapitalismus

Im Rahmen unseres offenen Lesekreises treffen wir uns jeden zweiten Sonntagabend um 18:30 im Infoladen der Capri-bar (Inselstrasse 79), um auf Grundlage ausgewählter Bücher oder Texte aktuelle Fragen antikapitalistischer Theorie und Praxis zu diskutieren. Unser Lesekreis ist basisdemokratisch organisiert und steht allen Interessierten offen. Derzeit lesen wir das 2014 erschienene Buch "Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus" des marxistischen Sozialwissenschaftlers David Harvey. Einsteig jederzeit möglich.

Das aktuelle Programm mit allen geplanten Treffen sowie der jeweiligen Literatur findest du auf **sozialismus.ch/event/harvey**.

BFS Zürich
info@bfs-zh.ch
Facebook

BFS Jugend Zürich
jugend@bfs-zh.ch
Facebook & Instagram

BFS Basel
basel@sozialismus.ch
Facebook